

STUTTMANN'S ST(R)ICHELEIEN



KOMMENTARE



Bosse als Bittsteller

Der Streit um Staatshilfen nutzt Union und SPD

► HAGEN STRAUSS (BERLIN)

Im politischen Berlin macht sich auch so etwas wie Genußnutzung breit: Früher waren Deutschlands Top-Manager schnell dabei, der Politik Ratschläge zu erteilen oder sie zu maßregeln. Das ist den Regierenden noch gut in Erinnerung. Heute stehen die Vertreter der einstigen Vorzeigunternehmen quasi als Bittsteller Schlange, um in der Wirtschaftskrise milliardenschwere Hilfen zu kassieren. Ob zu Recht oder zu Unrecht, in der Hauptstadt wird darüber gefeilt.

Die genüsslichen Seitenhiebe auf die Milliardäre und ihre persönliche Verantwortung bei der Rettung der eigenen Konzerne sind allerdings richtig – und dieses Thema hätte schon längst auf die Agenda gehört. Es kann nicht sein, dass sich vermögende Eigentümer hinter den Schicksalen ihrer Arbeitnehmer einfach verschancen in der Hoffnung oder sogar Erwartung, der Staat und der Steuerzahler werden es schon richten. Die Krise der Großkonzerne ist schließlich desgleichen eine der Manager und Unternehmensfürsten. Sie sind zuallererst gefordert.

Große Koalition, Teil zwei?

Die Debatte über Staatshilfen hat aber nicht nur eine wirtschaftspolitische Dimension, sondern auch eine parteitaktische. Trotz aller Konflikte in den letzten vier Jahren hat die große Koalition die Trennlinien von Union und SPD nicht geschärft, sondern bei vielen Wählern bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Die Wahrscheinlichkeit einer Neuaufgabe nach der Bundestagswahl im September ist deshalb groß. Den Parteistrategen kommt somit die seit der vorläufigen Opel-Rettung entbrannte, hitzige Diskussion um weitere Staatsgelder für angeschlagene Konzerne wie gerufen, bietet sie doch die Chance, das eigene Profil endlich zu schärfen und sich deutlich vom politischen Gegner abzugrenzen.

In der Union hat jetzt Wirtschaftsminister Guttenberg die Aufgabe, sich als Gralshüter der Staatsgelder und der ordnungspolitischen Grundsätze in der

sozialen Marktwirtschaft zu bewahren. Die Wirtschaftsflügel von CDU und CSU jubeln, bei den Konservativen erhofft man sich sogar die Rückeroberung von Wählern, die in den vergangenen Monaten frustriert zur FDP abgewandert sind.

Geschmeidiger Krisen-Kurs

Und im Fahrwasser von Guttenbergs stilisierter Aura der reinen Lehre kann Angela Merkel gestrost ihren geschmeidigen und pragmatischen Krisen-Kurs fortsetzen. Eine kluge und geschickte Aufgabenteilung ist das, nimmt man dadurch dem Bürger doch ein bisschen von der Unsicherheit, dass sich der Staat mit seinen Bemühungen immer weiter zu Lasten des Steuerzahlers verzetteln könnte.

Die SPD indes bietet gleich ihre gesamte Führungsmannschaft auf, um zur zurückhalten und kühlen Union – la Guttenberg klare Kontrapunkte in der Frage von Staatshilfen zu setzen. Frank-Walter Steinmeier war der erste bei Opel, zusammen mit Parteichef Müntefering singt er nun das hohe Lied auf die Rettung von Arbeitsplätzen – wie jetzt bei Arcandor. Viele Betroffene fühlen sich dadurch endlich wieder ernst genommen.

Die Rechnung der Genossen geht insofern bereits auf, als dass die Linke zu den Krisenverlierern gehört und momentan als Arbeitnehmer-Anwalt eher ausgesiegt hat. Eine ganz neue Erfahrung für die SPD, der Linkspartei mal nicht hinterherlaufen zu müssen.

Wer zahlt die Zeche?

Offen ist, welche Strategie bis zur Bundestagswahl trägt und beim Wähler ankommt. Am Ende könnten beide sogar verlieren, wenn der Steuerzahler so oder so die Zechen zahlen muss. Außerdem kann man diese Form von Wettbewerb der großen Parteien angesichts der Dramatik der Krise auch abstoßend finden. Klar ist aber: Der Wahlkampf wird spannender werden als bisher angenommen.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

„Merkel nutzt Bundeskasse für Wahlkampf“

Staatshilfen für Großunternehmen, Millionen für Landwirte: Die Regierung handelt nur noch im Hinblick auf die Wahl, sagt Renate Künast.

VON MARCO ROSE

Aachen. Die grüne Opposition im Bundestag verfolgt die Diskussion um Staatshilfen für angeschlagene Unternehmen mit Zorn. Die Bundesregierung betreibt derzeit „Wahlkampf auf Kosten des Steuerzahlers“, schimpft die grüne Fraktionschefin **Renate Künast** im „Nachrichten“-Interview. Die große Koalition bediene vor der Wahl einflussreiche Lobbyistengruppen.

Am Sonntag wird gewählt, doch Europa scheint angesichts der Wirtschaftskrise fast niemanden zu interessieren ...

Renate Künast: Das scheint nur so, denn in Europa fallen Entscheidungen, die uns alle betreffen. Europa ist nicht weit weg. Europa sind die Abgeordneten, die wir nach Brüssel schicken. Es geht also darum, wer dieses Europa gestaltet.

Macht die Bundesregierung auf europäischer Ebene eine gute Figur?

Künast: Diese Regierung macht gar keine gute Figur. Weder in Berlin, noch in Brüssel. Sie weiß überhaupt nicht, wo sie hin will. Wir sitzen in einigen Jahren auf einem riesigen Berg Schulden, den uns die große Koalition hinterlassen hat, ohne dass es bei Umwelt, Bildung, Energieeinsparung und zukunftsfähigen Innovationen einen echten Fortschritt gegeben hat. Dass die Franzosen Frau Merkel zu einem neuen Spitznamen verholten haben – „Madam Non“ – kam nicht von ungefähr. Sie hat immer Großes angekündigt, auch beim Klima, aber wenn es um die Umsetzung ging, hat sie gebremst.

Bei Merkels Hochschul-Gipfel mit den Ministerpräsidenten ...

Künast: Ach welch' ein Zufall, dass der Gipfel ausgerechnet in dieser Woche stattfindet!

Kein Zufall?

Künast: Frau Merkel macht immer Wahlkampf mit solchen Regierungsgipfeln. Ich erinnere an den Bildungsgipfel oder den Krippengipfel. Was ist dabei herausgekommen? Beim Krippengipfel mit Mühe zwei Mehrwertsteuerepunkte für die Kommunen, die dafür mehr Betreuungspunkte schaffen sollten. Aber das Geld ist dort vielfach nicht angekommen. Da verhalten sich manche Ministerpräsidenten beim Steuergeld wie die Ukraine beim Gas. Beim Durchleiten kommt halt ein bisschen was abhanden ...

Und beim Bildungsgipfel?

Künast: Dabei ist bislang gar nichts herausgekommen. Kanzlerin und Bundesregierung haben da gar nichts zu melden, weil sie selbst am Anfang der Legislaturperiode den Ländern die alleinige Kompetenz zugesprochen haben.

Nun will Merkel die Ministerpräsidenten zwingen, Geld in Bildung zu investieren. Weil die das nicht wollen, soll es eine Arbeitsgruppe richten, die aber erst nach der Bundestagswahl fertig wird. Und weil Merkel inzwischen merkt, dass sie bei jungen Leuten ein Wahlkampfproblem hat, wird noch rechtzeitig zur Europawahl eine Show abgezogen.

Was hätten die Grünen denn besser gemacht? Im Fall Opel etwa.

Künast: Dieses Gerede über eine „geordnete Insolvenz“ des Bundeswirtschaftsministers hätte man sich zum Beispiel sparen können. Wir hatten mehrere Bieter, insofern musste man nicht künstlich Konkurrenz herstellen. Eine Insolvenz ist übrigens immer geordnet, weil es dafür Gesetze gibt. Guttenberg hat auch nicht wirklich hart und sauber verhandelt. Er war ja sogar irritiert darüber, dass die Amerikaner ihre Interessen vertreten haben. Außerdem stimmt die Risikoverteilung nicht. Die russische Bank hätte mehr Risiken für ihr Geld übernehmen müssen, und nicht nur die Chancen.

Ihr Oppositionskollege Guido Westerwelle spricht vom „teuersten Wahlkampf aller Zeiten“. Stimmen Sie dem zu?

Künast: Für diese Erkenntnis braucht man ja keine Lupe. Diese Regierung begreift den Bundeshaushalt augenscheinlich als Wahlkampfkasse. Schauen Sie sich die Entscheidung zum Agrardiesel an: Fast eine halbe Milliarde Euro wird einfach über Nacht ausgeschüttet, im Handstreich – aber nicht an die bedürftigen Milchbauern, denn von der Entscheidung profitieren in erster Linie Landwirte mit großem Maschi-

„Die Koalition regiert nicht mit dem Blick auf die Zukunft und Sorge um die Menschen, sondern sie bedient Lobbyistengruppen.“
RENATE KÜNAST (GRÜNE)

nenpark. Die aber betreiben meist Ackerbau und haben keine Finanz- und Absatzprobleme. Deshalb finde ich die Position von Guttenberg verlogen. Bei Opel stellt er sich quer, weil die keine Standorte in Bayern haben. Und beim Agrardiesel geht es ruckzuck, weil die CSU glaubt, sie könne so die Bayern kauen.

Die FDP, Ihr Konkurrent, steht derzeit gut da – viel besser, als man es einer neoliberalen Partei in dieser Situation zutrauen würde.

Künast: Krisengewinnler – passt doch ins neoliberale Weltbild! Da rettet manch enttäuschter Unionsanhänger seine überholte Ideologie in den FDP-Tresor. Die Menschen werden nicht so dumm



Hält Merkels Hochschul-Gipfel für „puren Wahlkampf“: Renate Künast, ehemalige Verbraucherministerin und grüne Fraktionschefin. Foto: ddp

sein, die Rezepte zu wählen, die uns in die Krise geführt haben.

Schwarz-Gelb wird es also nicht geben, sagen Sie. Rot-Grün wird es aber auch nicht werden, wenn man den Umfragen glauben darf. Also Rot-Rot-Grün?

Künast: Die Menschen wollen keine Farbenspiele, sondern Auswege aus der Krise. Bei den Linken sagen inzwischen selbst die eigenen Mitglieder, dass sich ihr Verein zur Satire-Partei entwickelt. Man kann eben nicht jeder Gruppe alles versprechen, und dann noch gegen Europa sein. Wir zeigen, dass es eine Alternative zu Schwarz-Gelb und zur großen Koalition gibt.

Was macht Sie da so sicher?

Künast: Die Antwort auf die Krise ist grün. Wir müssen die Wirtschaft grundlegend umbauen. Außerdem brauchen wir eine Bildungsreform vom Kindergarten bis zur berufsbegleitenden Weiterbildung. Damit wollen wir Grüne eine Million neue Jobs in den nächsten vier Jahren schaffen.

Eines Ihrer großen Themen sind Datenschutz und Bürgerrechte. Kann man die Menschen damit heute noch erreichen?

Künast: Und ob! Das Thema geht alle an, die im Internet surfen,

online einkaufen oder von Telefonwerbung belästigt werden. Und gerade Jugendliche wollen das Internet nutzen, ohne gleich als potenzielle Verbrecher abgestempelt zu werden. Da kommen Schäuble und Co. gar nicht gut an.

Während sie Internet-Nutzer unter anderem mit der Vorratsdatenspeicherung Waffenbesitzer mit Samthandschuhen an. Wie passt das zusammen?

Künast: Gar nicht. Nach geltendem Waffenrecht kann jeder zuhause Waffen lagern. Doch wenn die Verwahrung dieser Waffen kontrolliert werden soll, dürfen die Waffenbesitzer die Kontrolleure wieder wegschicken. Da hat man das Gefühl, diese Regierung will einen veräppeln. Die Koalition regiert nicht mit dem Blick auf die Zukunft und Sorge um die Menschen, sondern sie bedient Lobbyistengruppen.

Inwiefern?

Künast: Jäger und Schützen sind konservative Gruppen, da rechnen CDU, CSU aber auch große Teile der SPD mit billigen Wählerstimmen. Dabei könnten Schützen ihren Sport auch ausüben, wenn Waffen oder Munition im Schützenheim sicher verwahrt würden.

Obama setzt auf reduzierte Freundschaftsbekundungen in Dresden

Der US-Präsident legt bei seinem Deutschlandbesuch Wert auf höfliche Distanz zur Kanzlerin. In den Wahlkampf will er sich auf keinen Fall einmischen.

VON ULRICH SCHARLACK UND LASZLO TRANKOVITS

Washington/Berlin. Ein Besuch in der Dresdner Frauenkirche. Ein Bad in der Menge von tausenden Bürgern, die begeistert schwarz-rot-goldene Fahnen und die Stars and Stripes schwingen. So schön hätte der zweite Deutschland-Besuch von US-Präsident Barack Obama sein können. Aber er wird es nicht, weil Obamas Berater dies derzeit nicht wollen.

Alles Bitten der deutschen Unterhändler nach mehr „Farbe“ für Obamas zweiten Deutschland-Aufenthalt an diesem Freitag hatte in den vergangenen Wochen

nicht den durchschlagenden Erfolg. Das Zugeständnis der Amerikaner war, dass sie überhaupt nach Dresden kommen. Zwar inspizierte Obamas Beamte auch die Frauenkirche, die für das Leid der Deutschen und ihren Wiederaufbauwillen steht, eingehend. In des: Ins Programm wurde eine Besichtigung des Gotteshauses letztlich nicht aufgenommen, hieß es gestern in Berlin.

Der Kurztrip werde so vom Händeschütteln mit der Kanzlerin – immerhin vor der historischen Kulisse des Grünen Gewölbes – und dem gemeinsamen Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald geprägt sein.

Dann geht es für Obama, der heute aus dem fernen Orient kommen wird, noch rasch ins US-Militärkrankenhaus Landstuhl (Rheinland-Pfalz). Dort schaut er nach US-Kriegsverwundeten und reist anschließend in die Normandie weiter.

Das Weiße Haus war von Beginn an bestrebt, das Deutschland-Programm einzugrenzen. Die Berater des Präsidenten hatten eine genaue Vorstellung von Obamas vierter Auslandsreise. Wichtig waren ihnen vor allem der Besuch in Buchenwald und bei den Gedenkfeiern an die Befreiung von den Nazis in der Normandie. Ein facettenreiches Programm in Deutsch-

land hätte aus ihrer Sicht diese große Linie, die im Gedenken an den amerikanischen Beitrag zur Beendigung der nationalsozialistischen Barbarei besteht, konterkariert. Der Aufenthalt in Buchenwald ist für Obama aber auch deshalb wichtig, weil er zuvor aus Kairo kommt, wo er eine Rede an die arabische Welt halten wird. Von der wird eine Distanzierung von der israelischen Politik erwartet. Buchenwald gibt Obama die Chance, die historische Verpflichtung der freien Welt für das Existenzrecht des jüdischen Staates symbolträchtig zu unterstreichen. Obama wird von Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel begleitet.

Die Deutschen sind nicht begeistert, aber auch nicht enttäuscht über das Programm. „Eigentlich gab es ja keinen Anlass für den Besuch“, heißt es in der Bundesregierung. Gut sei, dass Obama so kurz nach seinem ersten Aufenthalt im April schon wieder nach Deutschland komme.

Heikle Themen

Und wie Musik klingt es den Beratern von Merkel natürlich in den Ohren, wenn im Weißen Haus vom „großen Respekt“ Obamas vor Merkel und ihren Schilderungen der Vergangenheit in der DDR die Rede ist. Und dass dies ein

Grund sei, warum er überhaupt komme. In den USA wird davon ausgegangen, dass Obama in Dresden mit der Kanzlerin über alle weltpolitischen Themen reden wolle. Unter vier Augen könnte es dabei durchaus heikel werden. So werde der Präsident wohl neue Sanktionen gegen den Iran, aber auch ein verstärktes Engagement in Afghanistan zur Sprache bringen. Dabei dürfte Obama auch auf höfliche Distanz Wert legen, meint Stephen Flanagan vom Politikinstitut CSIS in Washington. „Er wird angesichts der anstehenden Bundestagswahl alles vermeiden, was aussehen könnte, als ob er Merkel favorisiert.“ (dpa)